Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 2

Artikel: Das umweltpolitische Bewusstsein ist erwacht : Energie und Umwelt nach Tschernobyl

Autor: Daguet, André

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340710

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gen, auf die sie überhaupt nicht vorbereitet waren.

Kein «Marktsozialismus»!

Nicht nur in den westlichen Wirtschaftsspalten wird eifrig über die Einschätzung des sowjetischen Umgestaltungsprozesses diskutiert. Die Bedeutung des Marktes, der Rolle der dezentralen Entscheidungen, ja selbst die Frage, wieweit durch einige Schritte des Umgestaltungsprozesses die «Prinzipien der sozialistischen Gesellschaftsordnung» missachtet würden, ist momentan Gegenstand einer eingehenden Debatte in den – in enormen Auflagen erscheinenden – ökonomischen Zeitschriften und Zeitungen. So klar sich auch die Beurteilung durchsetzt, dass es sich keineswegs um eine grundsätzliche Abkehr einer sozialistischen Wirtschaftsordnung handelt, wird immer wieder darauf verwiesen, dass sich die angestrebten Erneuerungen in der Wirtschaft zur Erhöhung des Leistungsniveaus und des allgemeinen wirtschaftlichen Wohlstandes nicht ohne Anpassungsprobleme vollziehen können. Die Durchdringung des Wirtschaftsmechanismus mit Elementen des Marktes und des Wettbewerbes, die angestrebte Dezentralisierung der Entscheidungsträger wie eine grundlegende Demokratisierung der heute verbürokratisierten und zentralisierten Wirtschaftsplanung dürfen keineswegs als Entwicklung zur marktwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaft verstanden werden. Die Liberalisierung des Preissystems, dem erstmals eine bedeutende Funktion in der Wirtschaftssteuerung zukommen soll, und auch eine behutsame Öffnung der Finanzmärkte führen jedoch gegenwärtig zu Entwicklungen, die man in der Sowjetunion selber noch nicht einzuschätzen vermag. Zumindest der gesellschaftspolitische Anspruch des Vorranges der Politik über die Wirtschaft scheint jedoch absolut unbestritten zu sein – im Gegenteil, die durch «Glasnost» ausgelöste «Demokratisierung» des politischen, sozialen und kulturellen Lebens schafft ein nicht zu unterschätzendes Gegengewicht zu den von Wirtschaftstechnokraten verfolgten Ablösungsbemühungen der Wirtschaftsentscheide vom politischen System. Zumindest durch die teilweise Ablösung vom direkten Zugriff der (vor allem lokalen) Parteiorganisationen durch die Stärkung der staatlich-parlamentarischen Organe der «Sowjets» gewinnt das Wirtschaftsmanagement zurzeit einen nicht unbedeutenden Spielraum.

Eine vermehrte Kooperation beispielsweise mit der Europäischen Gemeinschaft könnte den für die Politik gesetzten Einwirkungsrahmen zusätzlich einschränken. Die Interessen eines für die Entwicklung der eigenen Wirtschaft nützlichen grösseren Aussenhandels mit westeuropäischen Ländern sind darum auch in der Sowjetunion nicht unbestritten. Im gegenwärtigen Entwicklungsprozess von einer ökonomischen «Konvergenz», einem neuen «Marktsozialismus» oder wie immer man einen «dritten» Weg charakterisieren will, zu sprechen ist meines Erachtens absolut verfehlt. Die Dynamik der sich vollziehenden Umgestaltung ist jedoch so gross, dass sich für die Zukunft durchaus auch andere Entwicklungen abzeichnen könnten.

Das umweltpolitische Bewusstsein ist erwacht

Energie und Umwelt nach Tschernobyl

Von André Daguet

Nicht nur Perestroika und Glasnost haben die Delegation der SPS während des Besuches in der Sowjetunion beschäftigt. Die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl – zu dieser Zeit bereits mehr als zwei Jahre zurück – gehörten ebenfalls zu den Hauptthemen in den Diskussionen mit Parteienvertretern, Ministerien, Gewerkschaften und Wissenschaftern. Anlass für die Delegation, mit dem Zug für zwei Tage nach Kiew zu reisen.

Kiew, Hauptstadt der ukrainischen sozialistischen Republik. Mit ihren über 50 Millionen Einwohnern ist die Ukraine eine der bevölkerungsstärksten Republiken der UdSSR. In Kiew, einer Millionenstadt rund 100 Kilometer von Tschernobyl entfernt, hat die Atomreaktorkatastrophe vom April 1986 Spuren hinterlassen. Die Folgen des Atomunfalls sind nicht verarbeitet.

Eine 10-km-Zone um Tschernobyl herum ist völlig abgeriegelt. Ein zweites Gebiet im Umkreis von rund 30 Kilometer ist ebenfalls zur Sperrzone erklärt worden. Die Bevölkerung wurde evakuiert, doch sind in dieses Gebiet bereits 1000 Menschen zurückgekehrt. Diese Leute, meist ältere Menschen, ziehen es vor, trotz Strahlenrisiko in ihren angestammten Dörfern weiterzuleben, als den Rest ihres Lebens in einer fremden Umgebung zu verbringen. In der dritten Zone mit einem Radius von rund 100 Kilo-

meter, ein Gebiet, das gerade bis an die Tore von Kiew reicht, sind Massnahmen zur Entstrahlung getroffen worden: Boden wurde abgetragen, die Hausdächer wurden ersetzt, Gas- anstelle der bisherigen Holzheizungen eingerichtet und neue Wasserleitungen gebaut.

Die Folgen von Tschernobyl sind katastrophal. Wissenschafter – die kritischeren unter ihnen – sprechen von einer neuen Krankheit: Radiophobie. Ein neues psychologisches Phänomen. Betroffene klagen über Kopfschmerzen und Depressionen. Die Zahl der Krebskranken dürfte – so die Schätzungen – in den kommenden Jahren um rund 30 000 zunehmen.

Und trotzdem: für Behördenstellen und Parteifunktionäre war Tschernobyl eben doch nur ein Unfall, die Auswirkungen begrenzt. Dass selbst die Fische im Luganersee und die Rentiere im Norden Europas eine gehörige Dosis an Radioaktivität aufgenommen haben, diese Fakten waren für die meisten unserer Gesprächspartner neu. Ein hoher ukrainischer Parteifunktionär über das Ausmass des Schadens: «Betroffen waren insgesamt um die 1000 Quadratkilometer.»

Solche Angaben erstaunen allerdings nicht. Bürger und Bürgerinnen von Kiew, 100 Kilometer vom Katastrophenzentrum entfernt, haben uns erzählt, dass sie auch Wochen nach dem Reaktorbrand nicht im Bild waren bzw. nicht ins Bild gesetzt worden sind, was eigentlich in Tschernobyl passiert sei.

Der Reaktorunfall hat Spuren hinterlassen. Fachleute sprechen von einer neuen Technophobie in der Bevölkerung, aber auch von einem wachsenden Bewusstsein über Zusammenhänge zwischen Umweltentwicklung und gesellschaftlichem Fortschritt. Und dennoch sind diese Spuren, so wenigstens der Spontaneindruck von dieser Reise, weit weniger ausgeprägt als bei uns.

Das Atomprogramm soll in der Ukraine weitergehen. 15 Reaktoren sind in Betrieb, bis zum Jahre 2005 sollen weitere Atommeiler gebaut werden. Zwar ohne Begeisterung, sicherte man uns in den Parteizentralen zu, doch wirtschaftlich komme man eben nicht darum herum. (Nach dem schweren Erdbeben von Armenien wollen die Behörden in besonders gefährdeten Regionen die Atomkraftwerke stillegen. Die Red.)

Die dringend notwendige Wirtschaftsreform steht jedoch an erster Stelle, eine grundlegende Umkehr in der Energiepolitik liegt noch nicht drin. Und doch gibt man zu, dass der Energieaufwand pro Einheit in der industriellen Produktion um das Vier- bis Sechsfache höher sei als z.B. in den technologisch entwickelten Spitzenländern. Ein Energiesparpotential wäre nach vorsichtiger Schätzung in Gewerkschaftskreisen auszumachen. Man weiss zwar auch in den zuständigen Ministerien, dass das Atommüllproblem nicht gelöst ist. Die Atomforschung geht zudem munter weiter. Nicht weil dahinter irgendeine Atommafia stehe, wie uns Kritiker des Atomkurses sagten, sondern auch in der Sowjetunion das Forschungsinteresse von Medizinern und anderen Fachleuten der wissenschaftlichen Ethik vorgehe. Das ist für uns keine neue Erkenntnis. Solche Feststellungen würden ebensogut zur Forschungstätigkeit eines Paul-Scherrer-Instituts passen.

In der Sowjetunion gibt es unter Wissenschaftern nicht in erster Linie Befürworter und Gegner der Atomenergie. Es gibt vielmehr die Superoptimisten, die davon überzeugt sind, dass der Reaktorunfall von Tschernobyl ohne grössere Folgen bleibt, und Optimisten, die etwas skeptischer sind und trotzdem daran glauben, dass die Folgen des Unfalls langfristig behoben werden können.

Eine Umweltbewegung und eine Anti-AKW-Bewegung ist auch in der Ukraine im Entstehen. Das ist gut auszumachen. Und selbst die Funktionäre im Staats- und Parteiapparat sind sich dessen bewusst. Man bemüht sich sogar, das Gespräch mit der grünen Bewegung zu finden. Die Umweltbewegung ist natürlich keine aufmüpfige Greenpeace, welche über spektakuläre Aktionen Öffentlichkeit herzustellen sucht, sie trägt viel eher die Züge einer Bürgerbewegung, welche ihre Anliegen mit Unterschriftensammeln und Petitionen an die offiziellen Stellen heranträgt.

Der verlängerte Arm

Wie sehr sich die wirtschaftliche Macht der politischen annimmt, zeigen die kürzlich bekanntgewordenen Verwaltungsratsverflechtungen von Parlamentsmitgliedern. Spitzenreiter ist der Zürcher Freisinnige und FdP-Fraktionspräsident Ulrich Bremi. Er sitzt in den Verwaltungsräten von Firmen mit einem zusammengerechneten Kapital von nicht weniger als 2,653 Milliarden Franken. Andere Kolleginnen und Kollegen aller bürgerlichen Fraktionen sind zwar nicht so hoch im Kurs, garnieren aber dennoch sechsstellige Entschädigungen für ihr Engagement in den Leitungsgremien von Banken, Versicherungen und anderen Unternehmungen. Wenn 115 Parlamentsmitglieder bei Multis auf der Verwaltungsratsliste stehen, 83 bei Immobiliengesellschaften, 67 bei Bauunternehmungen usw., so bleibt nur der Schluss: Der Einfluss dieser Kreise hat bzw. ist System! *SPI*

Bei den Gesprächen war viel von Umweltpolitik die Rede. Es gibt ein Ministerium für Energie und Umwelt. Es gibt zudem eine Umweltschutzgesetzgebung. Und man weiss auch, dass z.B. die Situation in der Landwirtschaft umweltmässig nicht zum besten steht. Die Chemisierung der Böden ist auch in der Ukraine ein Problem. Es laufen deshalb bereits Forschungsprojekte für eine umweltfreundlichere Produktion. Einzelne Kolchosen betreiben eine Landwirtschaft ohne chemische Düngemittel, und die Lebensmittelkontrolle ist in den letzten Jahren verstärkt worden.
In den Umweltbehörden ist man sich zudem bewusst, dass von der chemischen Industrie weit mehr Schäden auf die Umwelt ausgehen, als man es für umweltpolitisch zulässig erachtet. Doch zwischen Einsicht und politischem Handeln liegt eine Diskrepanz. Auch das ist für eine Schweizer Delegation keine neue Erfahrung. Immerhin nimmt man erstaunt zur Kenntnis, dass die chemische Industrie in der Schweiz alles Interesse daran hat, die Produktion über schweizerisch-sowjetische Joint-ventures ins Ausland zu verlagern. Fragt sich nur, mit welchem Ziel? Im beiderseitigen Interesse? Eine bequeme Verlagerung der Risiken – und damit eine Umgehung der Umweltauflagen in der Schweiz – ins Ausland auf der einen Seite, ein willkommener Anreiz für die sowjetische Wirtschaft auf der anderen Seite? Als Beobachter stellt man sich zwangsläufig die Frage, ob denn das die neue Dimension in den Ost-West-Beziehungen sein soll.
Die Entwicklungen in der Umwelt- und Energiepolitik sind noch nicht eindeutig auszumachen. Sicher ist nur, dass das umwelt- und energiepolitische Bewusstsein auch in der sowjetischen Gesellschaft erwacht ist. Das ist eine Chance. Schon aus diesem Grunde hat sich der Dialog zwischen der SPS und der KPdSU gelohnt. Daran gibt es keinen Zweifel.

SED und SPD suchen nach einer gemeinsamen Sicherheitsphilosophie

Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit

Wie kommt ein Gespräch in Gang zwischen zwei Partnern, die sich jahrzehntelang feindlich in einem kalten Krieg gegenübergestanden sind? Was ist die Voraussetzung dafür, trotz unterschiedlicher Ideologien zu einer gemeinsamen Sicherheitsphilosophie zu kommen, die allein das Überleben der Völker und der Völkergemeinschaften garantieren kann. Es braucht die Fähigkeit zum Dialog, es braucht die Fähigkeit, vertrauensbildend zu wirken, es braucht die Fähigkeit zum Konsens. Unter dem Thema «Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit» hat die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED und die Grundwertekommission der SPD den Versuch zum Dialog, zur gemeinsamen Sprache im Bereich Sicherheit unternommen. Der nachfolgende Text ist das Resultat der Bemühungen.

I. Friedenssicherung durch gemeinsame Sicherheit

1. Unsere weltgeschichtlich neue Situation besteht darin, dass die Menschheit nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen kann. Eine solche Alternative ist historisch ohne Beispiel. Sie verlangt ein politisches Denken, das historisch ebenfalls ohne Beispiel ist, ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, besonders an die Sicherung des Friedens. Der Krieg darf im Nuklearzeitalter kein Mittel der Politik mehr sein. Zwischen atomar gerüsteten Bündnissen wäre er das Ende jedweder Politik, die Zerstörung aller Zwecke. Friedenssicherung ist zur Grundvoraussetzung aller verantwortbaren Politik geworden.
Dem widerspricht jede Politik, die auf Forcierung des Wettrüstens, auf Konfrontation, Streben nach militärischer Überlegenheit, Unverwundbarkeit und globale Hegemonie setzt. Sie müsste dazu führen, dass die internationalen Spannungen anwachsen und sich die Gefahren für den Weltfrieden weiter erhöhen. Das Gebot der Stunde ist eine Wende in den internationalen Beziehungen, eine Politik der gemeinsamen Friedenssicherung, des Dialogs und der Abrüstung, des Kompromisses, des Ausgleichs der Interessen, der Kooperation und der Neubelebung des Entspannungsprozesses. Sie muss gegen alle Kräfte durchgesetzt werden, die noch immer glauben, durch ständiges Anhäufen neuer Massenvernichtungswaffen Sicherheit errüsten zu können. Eine solche Wende in der internationalen Entwicklung ist aber nicht notwendig, sie ist auch möglich.

- Frieden, Beendigung des Wettrüstens, Entspannung liegen im Interesse beider Systeme, aller Staaten und aller Völker, der gesamten Menschheit.